

Nassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Bezugspreis: bei sämtlichen Postanstalten
jährlich 81 Pfg. Bei jeder Bestellung
ins Haus tritt die Postgebühr hinzu.
Erscheint 3mal wöchentlich
Dienstag, Donnerstag, Samstag.
Redakteur: Guido Seidler in Wiesbad.

Ämtliches Veröffentlichungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Anzeigenpreis: f. d. 6gepalt. Colonsetze
od. deren Raum 15 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.
Redaktion und Expedition:
Viebrich a. H., Rathausstraße Nr. 16.
Telephon Nr. 41.
Rotations-Druck und Verlag der
Hofbuchdruckerei Guido Seidler, Wiesbad.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Viebrich und Hochheim und die Landgemeinden Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Delkenheim, Diedenbergen, Dohheim, Eddersheim, Erbenheim, Sörsheim, Sranenstein, Georgenborn, Hefloch, Iglstadt, Kloppenheim, Massenheim, Niedenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sälkestein, Sonnenberg, Wallau, Weibach, Wälder, Wildschaffen.

Nr. 36.

Samstag, den 23. März 1918

Postfachkonto:
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

18. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 139.

Anordnung

über das Schlachten von trächtigen Ziegen.

Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichsanstalters über ein Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen vom 26. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 515) wird hierdurch folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Schlachtung von Ziegen, die sich in erkennbar trächtigem Zustande befinden, ist verboten.

§ 2.

Das Verbot findet keine Anwendung auf Schlachtungen, die erfolgen, weil zu befürchten ist, daß das Tier an einer Erkrankung verenden werde, oder weil es infolge eines Unfallschalles sofort getötet werden muß. Solche Schlachtungen sind innerhalb 24 Stunden nach der Schlachtung der für den Schlachtungsort zuständigen Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

§ 3.

Ausnahmen von diesem Verbot können aus dringenden wirtschaftlichen Gründen vom Landrat, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden.

§ 4.

Zum Überhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 5 der eingangs erwähnten Bekanntmachung mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 5.

Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger in Kraft.

Berlin, den 4. März 1918.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 15. März 1918 — Kreisblatt Nr. 33, Ziff. 123 — findet die Musterung für Viebrich in der alten Turnhalle wie folgt statt:

Am Dienstag, den 2. April 1918, für die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1900 aus Viebrich mit den Anfangsbuchstaben A bis einschl. R.

Am Mittwoch, den 3. April 1918, für die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1900 aus Viebrich mit den Anfangsbuchstaben S bis einschl. Z; außerdem die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1900 aus den Gemeinden Frauenstein und Schierstein.

Mit Rücksicht auf die erhöhte Zahl der in Hochheim zur Musterung gelangenden Landsturmpflichtigen müssen die Betreffenden schon vormittags um 7 Uhr pünktlich zum Verlesen im Musterungstokal Burg Ehrenfels anwesend sein. Die Herren Bürgermeister ersuche ich um wiederholte Veröffentlichung.

Wiesbaden, 19. März 1918.

Der Vorsitzende der Erntekommission
des Aushebungsbezirks Wiesbaden-Land:
von Heimbürg.

Nichtamtlicher Teil.

Die Kriegslage.

Der Donnerstag-Lagesbericht.

Ab Ämtlich. Großes Hauptquartier, 21. März.
Westlicher Kriegsausplah.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Zwischen Dürmaide und La Basse-Kanal blieb auch gestern die Erkundungstätigkeit reger. Der Artilleriekampf nahm am Abend bei aufklärendem Wetter an Stärke zu. An der übrigen Front lebte die Gefechtsaktivität vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Auf dem Südrfer der Oise, nördlich von Reims und in der Champagne war das Artilleriefeuer vielfach gesteigert.

Heeresgruppe v. Gallwitz.

Der Artilleriekampf vor Verdun nahm am Abend große Festigkeit an. Bayerische Kampfpanzer überrannten südwestlich von Ornes in überaus raschem Angriff die ersten feindlichen Linien. Sie stießen bis zur Branne-Schlucht vor, nahmen einen Bataillonsstab und mehr als 240 Franzosen, darunter 20 Offiziere, gefangen.

Westlich von Apremont drang rheinische und niederländische Landwehr in die französischen Gräben ein und brachte 78 Gefangene zurüd.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf dem Ost-Ufer der Mosel und bei Romeng führten wir erfolgreiche Erkundungen durch. Das Zerstörerfeuer der französischen Artillerie am Porco-Walde hielt an.

In breiten Abschnitten der Westfront ist heute früh die Artillerieschlacht mit voller Wucht entbrannt. Oesterreichisch-ungarische Artillerie hat sich am Kampf gegen Engländer und Franzosen beteiligt.

Ostlicher Kriegsausplah.

Heeresgruppe Madenien.

Truppen des Generals der Infanterie Koldy haben in der Ukraine die Handels- und Hafenstadt Cherson genommen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

680 000 Tonnen im Februar.

Ab Ämtlich. 20. März. Im Monat Februar sind durch kriegsrechtliche Maßnahmen der Mittelmächte unter Hinzurechnung des

in den bisherigen Monatsveröffentlichungen noch nicht verrechneten Teils der vom Hilfskreuzer „Wolf“ erzielten Erfolge insgesamt

680 000 Brutto-Registertonnen

des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffraums vernichtet worden. Damit beläuft sich das Gesamtergebnis der Vernichtung seit Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf insgesamt

10 270 000 Brutto-Registertonnen.

Durch die kriegsrechtlichen Maßnahmen der Mittelmächte ist der unteren Feinden zur Verfügung stehende Welthandelschiffraum seit Kriegsbeginn bis zum 31. Januar 1918 um

rund 15 100 000 Brutto-Registertonnen

verringert worden. Hieron entfallen

rund 9 400 000 Brutto-Registertonnen

auf die englische Handelsflotte.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Deutsche Torpedoboote vor Dänkirchen.

Ab Ämtlich. 21. März. Torpedoboote der Flotte Dänemarks haben am 21. 3. früh in drei Gruppen die Feste Dänkirchen sowie militärische Anlagen bei Brøn-Dunes und de Panne nachhaltig unter Feuer genommen. Die Aufschläge lagen überall gut; in dem umfangreichen Boradenlager bei de Panne, das mit 800 Schuß belegt wurde, brachen zwei große Brände aus. Die Küstenbatterien erwiderten das Feuer heftig, aber ergebnislos. Auf dem Rückmarsch kam es zu einem Feuergefecht mit einigen feindlichen Zerstörern, die sich jedoch zurückzogen, nachdem sie mehrere Treffer erhalten hatten. Die am Vorstoß beteiligten Streikräfte sind ohne Beschädigungen und Verluste eingelaufen.

Zwei unserer kleinen Vorpostenboote sind heute nacht von einer Fahrt westlich Ostens nicht zurückgekehrt und müssen als vermisst gelten.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Friede von Brest-Litowsk ratifiziert.

Ab Ämtlich. 21. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Im Auftrag des Volkstumsbüros für auswärtige Angelegenheiten überreichte heute im Auswärtigen Amt Herr Petrom, Vorsitzender der Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Sowjet, eine offizielle schriftliche Mitteilung darüber, daß der Friedensvertrag von Brest-Litowsk am 18. d. Mis. von der außerordentlichen allrussischen Versammlung der Räte der Arbeiter, Soldaten, Bauern und der Kosakendeputation in Moskau ratifiziert worden ist.

Die Entente und der Ostfrieden.

Eine offizielle deutsche Erklärung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt offiziell: „Die Entente und der Ostfrieden“. In der neuesten Erwartung des englischen Ministers des Auswärtigen wird wieder einmal mitgeteilt, daß die Entente die von uns mit dem Osten geschlossenen Friedensverträge nicht anzuerkennen beabsichtigt. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß eine derartige Anerkennung, die weder erbeuten noch notwendig ist, für uns vollkommen gleichgültig ist.“

Rumänien.

Die Politik Marghilomans.

Ab Ämtlich. 20. März. Nach einer Meldung des Wiener f. u. t. Bureaus melden die Blätter, daß der neue rumänische Ministerpräsident Marghiloman ein Bündnis mit den Mittelmächten anstrebe. Sie äußern sich sympathisch zu diesem Plan und erkennen in ihm sowohl den Beweis, daß Rumänien eingeleitet hat, wo sein wahrer Vorteil liegt, wie auch dafür, daß es den abzuschließenden Frieden ebenfalls als einen Verständigungsfrieden betrachte. Die rumänische Regierung würde ein Bündnis kaum erstreben, wenn sie den kommenden Friedensschluß als eine Demütigung oder Bedrohung der Lebensinteressen Rumäniens ansehe.

Alexander Marghiloman.

Ab Ämtlich. 21. März. Ueber Alexander Marghiloman schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Der Mann, der jetzt als Ministerpräsident an die Spitze der rumänischen Regierung tritt, ist kein unbekanntes Blatt. Er ist ein politischer Charakter, und wenn seine Aufgabe, sein niedergeborenes Land wieder aufzurichten und durch sein Handeln die Erinnerung an die ganze letzte Zeit zu löschen, auch schwer und brennend ist, so wird man ihre Lösung doch gerade ihm zutrauen. Sein Name steht in der ganzen Welt in enger Verbindung mit dem Lande, dessen politische Leitung er jetzt übernimmt. Der Ruf einer hervorragenden Diplomaten geht ihm voraus, und wir zweifeln nicht daran, daß er sein Bestes hergeben wird, Rumänien aus der Epoche des Niederganges, in die es durch verbrecherische Politik geriet, wieder zu leuchtenden Tagen zu führen.

England.

Eine neue Rede Lansdownes über den Völkerbund.

Ab Ämtlich. 20. März. (Reuter.) Oberhaus. Lord Barmoor brachte eine Entschleunigung ein, welche den Grundlag des Bundes der Nationen billigt und die Einsetzung eines Gerichtshofes, dessen Befehle vollstreckbar gemacht werden müßten.

Lord Lansdowne begründete den Antrag in einer längeren Rede: Ein Völkerbund, sagte er, müsse einmal allen bedeutenden Staaten offenstehen und sie in sich aufnehmen und zum andern eine ausreichende ausführende Gewalt erhalten, damit er seine Befehle auch durchsetzen könne. Die Mittelmächte gehörten in diesen Bund hinein, weil das das beste Mittel sei, in Deutschland, wo man mit friedlichen Botschaften stets Spott getrieben habe, den Militarismus zu vernichten. Gewisse schwierige Fragen, im besonderen territorialer, regte man besser vor Kriegsende, da der Völkerbund dafür wenig geeignet sei. Der Bund werde der gestifteten Welt den Frieden sichern, jedenfalls die Wirkung haben, daß bei drohenden Gefahren erst einmal Botschaften angeknüpft würden, wodurch sich sehr häufig die Gefahren beseitigen ließen. Im Augenblick seien die Vorzeichen für die Eristung eines solchen Bundes sehr günstig. Das einstige Vorzeichen sei die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten sich mit der Frage beschäftigten. Es gebe kein Land, das eine kräftigere wirtschaftliche Waffe handhaben könne als die Vereinigten Staaten, wenn sie das wollten. Wilson habe mehr als einmal erklärt, daß eine Nation, die dauernd den Frieden störe, nicht zu dem Bunde zugelassen werden dürfe, und daß es unter diesen Umständen unmöglich sei, Deutschland an dem freien wirtschaftlichen Verkehr teilnehmen

zu lassen, der die unvermeidliche Folge eines wirtschaftlichen Friedensbundes sein müßte. Der Einwand, daß man Deutschland nicht vertrauen könne, gelte nicht, da niemand daran denke, sich auf ein deutsches Versprechen oder eine deutsche Unterschrift zu verlassen. Der Kern des Vorschlages liege darin, daß die angeschlossenen Völker sich in gewissem Umfang ihrer souveränen Rechte begäben und eine Abmachung trafen über internationale Achtung; das wäre eine wirksame materielle Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens. Wenn schon bewiesen sei, daß 1914 eine unheilvollende Verschwörung bestanden habe, die um jeden Preis habe Krieg haben wollen, so wäre es doch, hätte damals ein Völkerbund bestanden, den Friedensfreunden vielleicht möglich gewesen, das Unheil abzuwenden. Verheerend wäre es, den Absträngungsge danken zu eng mit dem Völkerbundsgedanken zu verbinden. Die Absträngung werde automatisch folgen, da alle demokratischen Völker der Bewaffnung müde seien. Ohne den Völkerbund sei es unmöglich, kommende Geschlechter vor dem zu bewahren, was jetzt geschehe.

Das Schicksal Litauens.

Die Entscheidung über das weitere Schicksal Litauens steht, wie die „Tägl. Rundschau“ hört, in kürzester Frist bevor, da alle maßgebenden Stellen über die Zukunftsgestaltung des Landes einig sind. Als geeignete Grundlage ist der Beschluß des litauischen Landestates vom 9. Dezember 1917 anerkannt sowohl von der deutschen Obersten Heeresleitung wie vom Reichsanstalt. Dieser Beschluß, der bis heute laut erneuter litauischer Erklärung vom 21. Februar 1918 noch unverändert zu Recht besteht, besagt, daß 1. Litauen ein freier und unabhängiger Staat auf monarchischer Grundlage werde, 2. dieser Staat mit dem deutschen Reich einen engen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verband für ewige Zeiten zu bilden entschlossen ist. Die mit den Verhandlungen beauftragten Litauer haben diese Beschlüsse bei der Obersten Heeresleitung und beim Reichsanstalt verbindend dahn erläutert, daß Litauen mit seinen 75—80 vom Hundert katholischen einen katholischen Staat mit katholischen Fürstentum schaffen wolle, daß dieser katholische Fürst ein Deutscher sein soll, daß in erster Linie ein süddeutscher Herzog (Herzog von Ursach) in Frage käme, und daß dieser Herzog bereits seinen Willen dahin kundgegeben hat, daß er den Ruf Folge leisten werde. Es wurde weiter verbindend zugesagt, daß dieser Staat sofort und für ewige Zeiten im engsten Bündnis mit dem deutschen Reich zu stehen wünsche, daß er mit Deutschland in eine enge Wirtschaft-, Zoll-, Eisenbahn-, Ranz- und Militärgemeinschaft treten werde, und daß sich zur endgültigen Konstituierung des Staates eine deutsch-litauische Verwaltungsgemeinschaft errichtet werden soll, die für jeden zwei durch einen deutschen und einen litauischen Beamten gemeinsam vertreten wird. Litauen verlangt für seine endgültige Gestaltung also nur die volle Selbstverwaltung und die volle Selbstständigkeit im Ausbau seines völkerrrechtlichen Daseins auf Grund der geschichtlich gemordenen Lebensformen. — Diesen Ausführungen fügt die „Tägl. Rundschau“ hinzu, daß nach allen hier vorliegenden Nachrichten Litauen dasjenige unter den Randvölkern ist, das sich dem Bolschewismus und sonstigen revolutionären Strömungen am wenigsten zugeneigt hat. Die Schaffung eines unabhängigen Litauens mit eigenem Fürsten darf als vollkommene Tatsache gelten. Unsere Bedenken gegen diese Lösung der Frage halten wir aufrecht.

Der deutsche Admiralsstab über den Schiffsraub.

Ab Ämtlich. 20. März. Der stellvertretende Chef des Admiralsstabes, Admiral Koch, empfing den Vertreter des Wolffschen Bureaus und machte längere Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

Wir haben Grund zu der sicheren Annahme, daß das unter dem gewalttätigen Druck der Entente zwischen ihr und Holland zustandgekommene Schiffsraumabkommen sich lediglich auf den Teil der holländischen Handelsflotte bezieht, der außerhalb Hollands liegt, also sich bereits in der Verfügungsgewalt der Entente befindet, aber nicht auf denjenigen Teil, über den die Holländer noch in ihren eigenen Häfen verfügen. Das sind etwa 320 000 Bruttoregistertonnen. Dieser holländische Schiffsraum wird auf gleicher Höhe gehalten werden. Das gewalttätige Vorgehen der Entente, besonders die im letzten Augenblick ausgesprochene Forderung, daß der Entente zur Verfügung zu stehende Schiffsraum auch innerhalb des Sperrgebiets fahren müsse, ist das beste Zeichen für die bei ihr herrschende Notlage. Die Vereinigten Staaten haben für ihr Vorgehen noch einen anderen Grund. Sie benutzen den Krieg, um sich eine eigene Handelsflotte zu schaffen, deren Fehlen sie bisher als einen schmerzlichen Mangel ihrer Weltstellung empfunden haben.

Zur Lage.

Berlin, 20. März. Daß es einem Diplomaten an diplomatischem Gleichgewicht und Sicherheit des Urteils fehlt, und daß er dafür von der Natur zu viel Eitelkeit mit auf den Weg bekommen hat, ist schon öfter dagewesen und auch in anderen Wirkungskreisen zu finden. In dieser richtigen Erkenntnis hat der Reichstag die leidlich und kritisch hingeworfene Selbstverherrlichungsschrift des verblitterten Fürsten Richnowsky mit leichter Handbewegung abgelehnt. Das Schriftstück wurde im vorigen Sommer in Kreisen, die der offiziellen Kriegspolitik kritisch gegenüberstehen, von einem politisch gänzlich ungehaltenen Mann verbreitet, dem der Fürst eine Autorität war und der der Meinung lebte, so einer Verständigung dienen zu können. Die Angelegenheit ist erledigt, und man braucht sie nicht zu überschätzen. Die Denkschrift wird eine Zeitlang agitatorisch ausgenutzt werden, aber die entscheidenden Taktiken des Kriegsbeginns sind seitdem allemal die Welt so genau bekannt geworden, namentlich durch den Suchomlinowprozeß, und vorher schon bekannt gewesen durch die Berichte der belagerten Gefandten, daß dadurch die Einseitigkeit jener Denkschrift mehr als aufgewogen werden. Noch einfacher liegt der Fall des Rundschreibens des Mühlton, der überhaupt nur dadurch bemerkenswert ist, daß dieser Herr eine Zeitlang der Firma Krupp angehörte. Hier haben wir zweifellos ein Beispiel der feindlichen Kriegswirkungen auf einen Mann mit labiler Seele- und Nervenerkennung. An der Schweiz lebt eine ganze Anzahl Leute, die aus diesem oder jenem Lager stammen, und die, infolge des Krieges seelisch aus dem Gleichgewicht geraten, sich in der aus den Jagen gegangenen Welt nicht mehr zurechtzufinden vermögen. Solche Leute suchen schriftstellerisch auf dem Wege leidenschaftlicher Anklage die verlorene Klarheit wiederzugewinnen. Und wenn sie unreif und moralisch ungesiegt sind, werden sie zum Werkzeug der Gegenpartei. Das sind auch Kriegs-schicksale, und sie sind für die Gesamtheit bedeutungslos. Vom Unwichtigen ist der Reichstag zum Entscheidenden übergegangen, zur

einmütigen Bewilligung der weitesten Mittel, deren das Reich bedarf, weil der Verband von der Verhandlungsbereitschaft der deutschen Regierung keinen Gebrauch macht und sich durch die klare Lage der Dinge nicht überzeugen läßt, daß das Verhalten in der Unverlehrbarkeit ihm selber den schwersten Schaden bringen wird. Mit welcher Aufopferung auch im sozialdemokratischen Mehrheitslosge die Hyalung des Verbandes aufgenommen wird, dafür liefert heute der „Vorwärts“ den Beweis, indem er sagt, das Ausland werde sich freuen, wenn es von der Veröffentlichung der Denkschrift Einwirkungswegs einen Niederdruck der allgemeinen Stimmung erwarte, auch diejenigen in Deutschland, die so manches, was in der Denkschrift steht, für richtig halten, würden sich dadurch in ihrem Willen, das Land vor einer Niederlage zu bewahren, nicht erschüttern lassen. Als feinerzeit die Büffel gefallen waren, habe es nur noch einen Willen gegeben: Deutschland dürfe nicht geschlagen werden; und dieser Wille helfe noch. Den Sieg über Deutschland wollten und würden die Sozialdemokraten den Engländern nicht gönnen. Hier steht die unerschütterliche Unerschütterlichkeit, alles zu tun, um die Ehre des Verbandes zu wahren zu machen. Damit ist auch von sozialdemokratischer Seite ausgedrückt, daß auch eine durch Raub an neutralen Schiffen aus etwa herbeigeführte Verlängerung des Krieges ohne Unterschied der Partei und der inneren Stellung zur Kriegspolizei jeden Deutschen aus seinem Vollen ziehen wird. Das beweist auch die Bewilligung des Kredits. Die ungeheure Verstärkung unserer Kräfte im Westen und die Bewegungsfreiheit, die der Freie im Osten gebracht hat, die Überzeugung, daß die Vorbereitungen an der Westfront mit der Größlichkeit und Voraussicht getroffen sind, die für unsere Heeresleitung selbstverständlich ist, läßt von deutscher Welt ohne Unterschied der Partei dem Kommande, war mit tiefstem Ernst, aber auch mit unbedingtem Vertrauen entgegenleben. Der Schritt Englands Holland gegenüber gilt jenen als Beweis dafür, daß der U-Bootkrieg die enalische Regierung des letzten Kettes der Zurückhaltung beraubt hat, also lehrt, daß unsere Tauchboote England zu den verzweifeltsten Maßnahmen treiben. Auf Grund hier vorliegender neuer Mitteilungen von neutraler Seite kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Stimmung in England so wenig gut ist, daß es starken Drucks der Regierung bedarf, um den Kriegswillen weiter anzuknüpfen, und daß sich die Rohungsmittelknappheit immer stärker fühlbar macht. Dafür liegen auch in der englischen Presse höchst bemerkenswerte Zeugnisse vor, die sich in der nächsten Zeit sicher zweifelslos häufen werden. (Köln. Fr.)

Kleine Mittheilungen.

386 Berlin, 21. März. An der Westfront wurden vom 1. bis 20. März 2000 Mann, darunter über 70 Offiziere und zwei Bataillone gefangen genommen. Nach den bisherigen Meldungen wurden 102 Flugzeuge, 21 Fesselballons der Gegner abgeschossen, gegen 40 Maschinengewehre und 20 Schnellabgewehre erbeutet.

Der Wasserweg zur Ukraine frei. Nach in Wien
angekommenen Meldungen ist die untere Donau bis Sulina seit
Dienstag ununterbrochen; die Donauflotte, welche die Wasserfracht für
unser Schiffsahrt freilegt, überließ das letzte Stück. Hiermit ist der
Wasserweg nach der Ukraine schiffbar.

Zwischen Deutschland und Frankreich ist, wie wir schon gemeldet haben, ein Abkommen über die Gefangenen abgeschlossen worden. Dagez wird weiter berichtet: Als Haras meldet, ist ein Abkommen zwischen der französischen und der deutschen Regierung über Kriegsgefangene über 48 Jahre endgültig zum Abschluß gelangt und wird unmittelbar in Kraft treten. Danach werden in kürzester Frist die Unteroffiziere und die Mannschaften von mindestens 48 Jahren in ihre Heimat zurückgeführt werden. Als Offiziere desselben Alters werden in der Schweiz interniert werden.

Der Frage des Stillschlingenaustausches. Bei dem ersten Ministerrat, nach einem Bericht aus London eine Abordnung beider Parlamente vor, die dringend den Austausch der Stillschlingenen zwischen England und Deutschland auf der Grundlage aller gegen alle forderte. Der Minister lehnte aus militärischen Gründen diese Forderung ab, da voraussichtlich 140 000 Deutsche gegen 3000 Engländer ausgetauscht werden.

Gebete für die Westoffensive. Erzbischof Kaubhaber in München hat auf den nächsten Sonntag, den 24. März, in allen Kirchen seiner Diözese eine allgemeine Bestunde für das Gelingen der Operationen im Westen anberaumt. „Die Stunde zum entscheidenden Schlag ist gekommen“, heißt es in dem Erlass. Die Gläubigen sollen ferner zum anbauenden Gebet und offener Empfang der Sakramente während des Kampfes ermahnt werden.

Endlich auf dem Schlachtfelde und Geldmittel.

Von Freiherrn von Freytag-Loringhoven.

Chef des stellv. Generalstabs der Armee.

Bereits aus Anlaß der letzten, 7. Krieganleihe, wurde darauf hingewiesen, daß Friedrich der Große zu Ausgang des siebenjährigen Krieges sich seinen Feinden gegenüber dadurch in unvergleichlich günstigerer Lage befand, daß er noch immer über gefüllte Kassen verfügte, während seinen die Geldmittel verlagten. Die neuere und neueste Geschichte läßt in zahlreichen weiteren Fällen die hohe Bedeutung ausreichender finanzieller Leistungskraft für den Ausgang der Kriege heretrotzen. Zwar empfanden die französischen Revolutionsarmeen den Mangel einer solchen weniger, da sie gewohnt waren, aus der Hand in den Mund und im übrigen vom Raub zu leben. Preußen hatte jedoch den von Friedrich dem Großen angekauften Kriegsschatz bereits 1793 verbraucht und mußte zu auswärtigen Anleihen greifen; die bei dem wenig entwickelten Kreditwesen jener Zeit stets schwer zu beschaffen waren. Die schlechte Finanzlage hat nicht wenig dazu beigetragen, daß Preußen vorzeitig vom Kampfplatz abtrat und im April 1795 den Frieden von Basel mit Frankreich abschloß. Das Defizit im österreichischen Staatshaushalt betrug 1793 bereits 30 Millionen Gulden. Die Kriegeresse blieb während der Koalitionskriege dauernd in Tätigkeit. Der Umlauf der österreichischen Noten betrug 1799 über 141 Millionen. Er hat dann infolge der unglücklichsten Kriege von 1805 und 1806 im Jahre 1811 die Höhe von 1060 Millionen Gulden erreicht, ein für damalige Verhältnisse und damaligen Geldwert schwindende Höhe. In den beschränkten Geldmitteln der beiden deutschen Großmächte lag ein wesentliches Moment der Schwäche, das sich um so mehr geltend machte, als sie den Krieg im eigenen oder befreundeten Lande unter Anwendung des teuren Magazinsführten, die Franzosen hingegen mit Hilfe von Beirückungen

Englische Hüfsgelder hatten Oesterreich bereits im zweiten Koalitionsvertrage dargeliefert. Solche floffen auch den übrigen mit England verbündeten Mächten zu und machten die Kriegsschulden Englands bald stark anschwellen. Unter der kraftvollen Leitung Pitts lieh die Regierung das wenig ansehnliche. Die Vornachstellung Englands zur See festigte sich um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts immer mehr. 1801 wurde eine große und erfolgreiche Unternehmung zur Vertreibung der Franzosen aus Ägypten ins Werk gesetzt. Der nach Pitts Rücktritt am 26. März 1802 abgeschlossene Friede von Amiens bezeugt einen Augenblick der Schwäche in der englischen Politik. Welcher Leistungen das Land noch fähig war, sollte sich erweisen, als nach zwei Jahren der Krieg gegen Napoleon aufs neue entbrannte und England in ihm bis zum Jahre 1815 ausharrte. Das Anwachsen seines Kolonialbesizes nach seiner seit Trafalgar unbestrittenen Meinherrschafft zur See, vermachte nicht zu hindern, daß die Folgen des Krieges auf den britischen Inseln schwer empfunden wurden. Die Kontinentalsperre hat die Hoffnungen, die Napoleon auf sie setzte, zwar nicht erfüllt, aber der Gedanke, daß England in dem großen Wirtschaftskriege, den der Kaiser eingeleitet hatte, unterliegen würde, war zeitweilig doch nicht unbeachtend.

Eine ähnliche Unbestimmtheit um die Höhe des Augenblicks in festerem Vertrauen auf den Endbesieg, wie sie zu jener Zeit in England stattfand, war, nehmen wir auch bei der Regierung der nordamerikanischen Union im Bürgerkriege von 1861—65 wahr. Die Union war finanziell auf einen längeren Krieg in keiner Weise vorbereitet. Für die aufgenommenen Anleihen mußten hohe Zinsen bezahlt werden. Anfang 1864 waren nicht weniger als 2180 Mill. Mark an Zinsverfall im Umlauf. Jeder Mißerfolg, den die übertriebene Feldherrnkunst des selbststänigen Führers Lee den Vätern der Union brachte, gab Anlaß zu neuen Kreditschuldungen. Noch 1864 als die Konföderation der Südstaaten bereits erliegen zu müssen schien, stieg das Goldagio verheerend auf 125 vom Hundert. Die

Staatsguld, die vor dem Kriege wenig über 200 Millionen Mark versendet hatte, betrug zu Ende des Krieges 10 Milliarden 73 Millionen Mark. Außerdem waren noch 2 Milliarden 885 Millionen Mark Papiergeld im Umlauf. Angesichts dieser Verhältnisse war daher 1864, als auch Grants Forderung der gegenüber verlor, die Stimmung im Norden stark dem Frieden zugeneigt. Das Vertrauen auf die wirtschaftliche Kraft des Landes der damals wirklich noch „unbegrenzten Möglichkeiten“ aber rang sich durch und hat zum Endesfolge mächtig beigetragen.

Wie ungünftig der Ausgang eines Krieges durch Verlagen der Finanzkraft des Landes beeinflusst werden kann, lehrt der Krieg von 1859 in Oesterreich. Für den überführigen Frieden, den Oesterreich nach wenigen Kriegesmonaten in Villafranca einging, war neben anderen Gründen vor allem seine tröstlose Finanzlage bestimmend. Die Bank von Wien verfügte nur über einen Barbestand von 9 Millionen Gulden gegen einen Notenumlauf von 453 Millionen. Das Agio für Reichsgeld betrug 50 vom Hundert. Die Wiener Bank hatte gegen Aufhebung der Einlösungspflicht der Noten 134 Millionen Gulden als Vorschuss auf eine später auszuführende Anleihe gegeben. Auch hier zeigte sich, daß die Ausgabe von ungedrucktem Papiergeld, um über eine ungenüßliche Schmelzleistung hinauszukommen, ein Verlegenheitsmittel schlimmster Art darstellt. Wohin es, in großem Maßstabe angewandt, führt, lehrt der völlige finanzielle Zusammenbruch Rußlands, den wir jüngst erleben.

Die engen Beziehungen zwischen Kriegsführung und Geld unter der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsform tritt besonders anschaulich in dem Werk von Heffter *„Das Geld im russisch-japanischen Kriege“* hervor. Zunächst, das durch Einführung der Goldwährung nicht lange zuvor eine Gesundung seiner Geldverhältnisse herbeigeführt hatte, trat mit weit besserer finanzieller Küftung in den Krieg ein als jemals in einem seiner früheren. Der Kurs seiner Staatspapiere hat damit auch später nicht wegen des unglücklichen Verlaufs des Krieges, sondern hauptsächlich wegen der Revolution im Innern des Reiches stärker nachgegeben. Die Reichsbank verfügte zu Ende des Krieges immer noch über einen Goldbestand von 2½ Milliarden Mark. Damit war an sich die Maßstabszahl gegeben, die Krieg, wenn auch unter Aufhebung der Goldwährung, noch ein weiteres Jahr fortzuführen. Dieser Umstand ist den russischen Bevollmächtigten bei den Friedensverhandlungen in hohem Maße zuflutten gekommen, um so mehr, als sich das siegreiche Japan genau in der entgegengesetzten Lage befand. Seine Finanzen genossen zu Anfang des Krieges weit geringeres Vertrauen als die russischen. Es hat seine Kriegsanleihen in London und New York nur zu einem Zinsfuße erhalten können, der für den Staat teilweise einer Verzinsung von 9 vom Hundert gleichkam. Die inländischen Anleihen waren zwar wesentlich vorteilhafter, hätten aber kaum noch eine Erweiterung vertragen. Für eine etwaige Fortsetzung des Krieges wäre somit Japan völlig auf das Ausland angewiesen gewesen. Die fast übergroße Vorsicht, die in den Operationen seiner Armeen, besonders zu Anfang des Krieges zutage trat, ist wesentlich durch den Druck der finanziellen Lage beeinflusst worden. Die japanische Heeresleitung durfte sich keinerlei Rückschlagen ausheben, wenn die ausländischen Märkte für Anleihen offen bleiben sollten. Das Verliegen seiner Geldquellen hat dann schließlich Japan gezwungen, seine Ansprüche während der Friedensverhandlungen in wichtigen Punkten, in erster Linie in bezug auf einen Ersatz der Kriegskosten, fallen zu lassen.

Das Beispiel Japans zeigt den hohen, unschätzbaren Vortheil, der für uns darin liegt, daß wir diesen Weltkrieg mit den Mitteln unseres eigenen Volkes gegen führen können. Möge jeder einzelne daraus erkennen, daß es für ihn eine vaterländische Pflicht ist, nicht allein was in seinen Kräften liegt, der Reichsleitung zu helfen, damit sie auf dem bisherigen Wege der Anleiheausbringung fortarbeiten kann. Eine fräftige Beisteuer zur 8. Kriegsanleihe ist zugleich die beste Bürgschaft für die Sicherung des bisher dem Reiche geliehenen Kapitals und seiner vortheilhaften Veranlagung. Wenn hier und da Zweifel auftauchen, ob denn das Reich, selbst bei einem durchaus glücklichen Ausgange des Krieges, imstande sein würde, sich mit seiner Zinseinfloss in Milliardenhöhe abzufinden, so besitzen wir hierfür ein beruhigendes Beispiel in der Geschichte.

England hatte, bevor es in den Krieg gegen die französische Revolution eukrnt, eine Staatsschuld von 228 Millionen Pfund Sterling. Zu Ende der Napoleonischen Kriege, im Jahre 1815, war sie auf fast 900 Millionen Pfund Sterling, d. h. 18 Milliarden Mark, angewachsen; nach damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen eine übermäßige Ziffer, die schon rein dem Geldwerte nach heute etwa 80 Milliarden Mark gleichzusetzen sein würde. Treitschke äußert (Politik 1): „England hatte die größte Staatsschuld aller Länder Europas, und obwohl wenig davon abgetragen wurde, wuchs und wuchs sein Reichthum ins Unermeßliche. Also wurde, nachdem die Tilgung der preussischen Staatsschuld eine Reihe von Jahren angeboten hatte, der alte Minister Reibter selber kühn: Er versetzte 1843 eine Denkschrift, in der er Friedrich Wilhelm IV. darlegt, allzulange dürfe man nicht mehr fortfahren mit der Tilgung der Staatsschuld. . . . Gegenüber der deutschen Beamten- theorie hatte sich während der napoleonischen Kriegszeit namentlich in England eine grobgrätig leichtsinnige, kühne Auffassung des Staatsschuldenwesens ausgebildet. Die Grundgedanken dieser leichtsinnigen Auffassung sind nicht zu revidiren, und trotzdem wird jeder, der politischen Blick hat, sofort erkennen, daß ihre Ver- treter eine viel freiere Auffassung von Staat hatten, eine rich- tige politische Witterung als die ehrlichen philisterhosen deutschen Beamten, welche immer nur leeren und leeren wollten

Eine unnötige Abtragung von Schulden kann in unseren Tagen ein schwerer politischer Fehler sein. Der Wandel der Zeiten hat die alte Theorie der rein privatwirtschaftlichen Sparamkeit völlig überwunden, und es ist heutzutage kein Rätsel mehr, warum das am meisten mit Schulden belastete Volk zugleich das reichste Europas wurde."

Sie sollte nicht deutscher Kühnheit und deutschem Fleiße möglich sein, was einst England möglich war. Ein Volk von 65 Millionen mit einem Volksermögen von 375 Milliarden Mark und einem Volkseinkommen von 43 Milliarden Mark, dessen Heere einer Welt von Feinden flegeln getraut haben, dessen Industrie sich derjenigen der ganzen Welt gewachsen gezeigt hat, sollte wahrlich das letzte sein, an seiner Zukunft zu zweifeln. Es gilt, den Blick über die Sorgen und Räte des Augenblicks hinaus fest in die Zukunft zu richten. Dazu, daß sie groß und unerlerter Opfer würdig werde, trage ein jeder bei, indem er den finanziellen Endzweck sichern hilft.

Tages-Rundschau.

Ab Berlin, 20. März. Am Samstag dieser Woche beginnt die Osterpause des Reichstages, deren Dauer um acht Tage, nämlich bis zum 16. April verlängert werden soll.

Berlin. Der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Wirtlicher Geheimer Rat v. Braun begab sich zu weiteren Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine nach Kiev. **Ueber die geplante Verlegung des Reichspatentamtes von Berlin nach München** magte der dortige Minister des Innern, Dr. v. Brechtach in der Reichstagskommission Einlösung. Die Verlegung nach München werde ersticht in Erwägung gezogen, weil sie einer besseren Zusammenarbeit mit dem Deutschen Museum garantierte. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

86b Berlin, 20. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Meinung, daß die deutsche Kohlenausfuhr nach Holland eingestellt wird, ist mit uns heftigst widerlegt.

„Bb Berlin, 21 März. Im Hauptausschuß des Reichstages gab bei der Beratung von Petitionen der Beamten der Reichsanstalt Meyer-Hersford namens familiärer Fraktionen folgende Erklärung ab: Wir erkennen, daß die Neuorganisation der laufenden Kriegsteilnahmeaufgaben, wie sie am 1. April 1918 in Kraft treten soll, eine tiefgehende, den wichtigsten, wachsenden und ersten

zu, eine Erleichterung der wirtschaftlichen Bedrängnis der unteren und mittleren Beamten herbeiführt. Wir hegen aber die Überzeugung, daß die geplante Erhöhung nicht ausreicht, um die durch die unaufhörlich steigende Teuerung entstandene schwerere wirtschaftliche Lage der unteren, mittleren und höheren Beamten zu beheben. Auch gegen das für die Scheidung der Orte in besonders teure und weniger teure Orte-gemählte System hegen wir große Bedenken und bedauern es deshalb, daß die verbündeten Regierungen den einmütigen Vorschlägen der Parteien des Reichstages nicht beigetreten sind. Die Votanten wurden sämtlich als Material überwiesen. Bei der weiteren Aussprache über den Friedensvertrag mit Rußland (S. 17) Dr. Raumann (Sp.) die armenische Frage, auf die Redezeit überwiegt vorwiegend.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Ziele und Aufbau der militärischen Führung.

Ein Gebiet, mit dem im Zusammenwirken des Reiches, der Militärbehörden und bürgerlichen Stellen in umfangreicher Arbeit bisher viel geleistet worden ist, ist das der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Dienstleistung ist vielfach wenig oder gar nicht zu ersteinen, in welcher Weise für unsere Kriegsbeschädigten gesorgt wird. In einer Artikelreihe, mit der wir heute beginnen, soll daher in großen Zügen ein Bild der geschaffenen Organisation auf diesem Gebiete und ihrer Arbeit gegeben werden, um so einen Maßstab zur kritischen Beurteilung der die Kriegsbeschädigten betreffenden Pläne zu schaffen.

Die Fürsorge für die Kriegesbeschädigten nimmt sich der Beschädigten an, um den Schüzern der Grenzen die Opfer, die sie für das Vaterland brachten, weniger fühlbar zu machen, und ihre Wunden und Krankheiten in dem Maße auszuhellen, wie es der heilsamen Stand der ärztlichen Wissenschaft gestattet. Aber auch der wirtschaftliche Grund der Erhaltung der Arbeitskraft der Kriegesbeschädigten für das Wirtschaftsleben als eines wesentlichen Teiles des durch den Krieg ohnehin verringerten Volkstrafes ist bei der Fürsorge für die Beschädigten maßgebend. Die Beschädigten selbst sollen als arbeitsfreudige und arbeitsfähige, aus eigener Kraft ihr Leben gestaltende Mitglieder der Gesellschaft erhalten werden. Der Erreichung dieses Zieles widmet sich die militärische und in zweiter Linie die bürgerliche Fürsorge.

Die militärische Fürsorge, als deren Träger die Versorgungsabteilungen des Generalkommandos und die Sanitätsämter angesehen sind, steht schon im Feldlazarett ein. Die größte Kunst besteht, den Beschädigten ein höchstmögliches Maß von Leistungsfähigkeit wiederzugeben. Durch Gewährung von Renten für die infolge von Verletzungen oder Krankheit geminderte Erwerbsfähigkeit kann die Militärbehörde den Beschädigten ihre Stellung im Wirtschaftsleben zu erleichtern. Die militärische Rentenversorgung, die, soweit sie sich nicht auf Offiziere bezieht, auf dem sehr reformbedürftigen Rammschaftsversorgungsgesetz von 1906 beruht, ist heute schon in der Richtung ausgebaut, daß Zulagenrenten aus Sondermitteln in Höhe gewährt werden, in denen die Gewährung der zünftigen Rente allein eine wirtschaftliche Härte für den Kriegesbeschädigten darstellt. In den Kreisen der Kriegesbeschädigten selbst ist heute noch eine weitgehende Unkenntnis der Unterstützungsmöglichkeiten vorhanden. In ihrem Interesse liegt es, wenn sie die gebotenen Möglichkeiten bei dem Wiederaufbau ihrer Existenz in Notfällen in Anspruch nehmen.

Aufbau und Bedeutung der bürgerlichen Fürsorge

Die bürgerliche Fürsorge, deren Ausübung den Ausschüssen für Kriegsbeschädigtenfürsorge obliegt, will den Kriegsbeschädigten den Weg ins Erwerbsleben bahnen, sie nach Möglichkeit fassen und so die militärische Fürsorge ergänzen. Aus privaten Anfängen heraus ist heute eine weitverzweigte Organisation entstanden, die diesen Dienst. Ortsausschüsse in den Städten, die von den Magistraten oder in deren Auftrag von gewählten Mitgliedern gebildet werden, und Kreisausschüsse auf dem Lande, die in der Regel den Landrats-, Bezirks- oder Kreisämtern angegliedert sind, nehmen sich der Beschädigten ihrer Bezirke an. Ihre Vertrauensleute, die die Fühlung mit den Kriegsbeschädigten herstellen sind in jeder Ortschaft zu finden. Die Orts- und Kreisausschüsse haben ihre Zentrale in den Hauptfürsorgeorganisationen der einzelnen Landesteile, den Landesausschüssen, die in Preußen den Landesdirektionen, in den kleineren Bundesstaaten den Regierungen angegliedert sind. In dem Reichsausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin, in den die einzelnen Landesteile und Regierungen ihre Vertreter entsenden, laufen die Fäden der Fürsorgeorganisation zusammen.

In Heßen-Bassau befehlen zwei Landesausschüsse in Kassel und Frankfurt a. M. letzterer für den Regierungs-Bereich Wiesbaden. Vorstehender des Landesausschusses ist der Landeshauptmann. Der Geschäftsstelle zu Frankfurt a. M. erliegt die laufenden Angelegenheiten. Die Frankfurter Organisation ist schon im Winter 1914 auf eine der ersten im Reich entstanden. Sie hat sich auf einer Grundlage aufgebaut, die der Mitteldeutsche Arbeitsnährerverband gemeinsam mit Herrn Stadtrat Nisch und Herrn Dr. Hallgarten legte, und die durch die freiwillige Veebstätigkeit der Frankfurter Bevölkerung und das Eintreten des Reiches durch Bereitstellung vongehender Mittel ihre heutige Ausdehnung erfahren konnte. Die Bedeutung der Fürsorgearbeit erhebt am besten aus nachstehenden Zahlen. Während im ersten Kriegsjahr 4000 Beschädigte die Hilfe der Fürsorge in Anspruch nahmen, ist diese Zahl zum April 1918 bis Ende Dezember 1917 in unserem Regierungsbezirk auf 1526 gestiegen. Die Beschädigten konnten fast rellös von der Ermerkschaft wieder zugeführt werden und stehen heute zum größten Teile wirtschaftlich und sozial besser als im Vollsorge ihrer Arbeitskraft vor dem Arise.

Standen anfanglich nur private Mittel für die Zwecke der Fürsorge zur Verfügung, so stellt heute wie erwähnt das Reich unmittelbar und mittelbar aus den Geldern der Kriegswohlfahrtspflege weitgehendste Mittel für diese Ziele bereit.

Einem Ueberblick über die Arbeitsweise der Organisation an den einzelnen Teilgebieten der Fürsorge sollen spätere Ausführungen vorbehalten bleiben.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Dieblich

* Mißtrauen ist eine der häßlichsten menschlichen Eigenschaften. Ein Wort über das Mißtrauen sagt: „Wenn wir Menschen einander aufrichtiges Vertrauen hätten, und unsere Feinde nicht mit dem gegenseitigen Mißtrauen vergiftet wären, wüßte die Welt wäre ein Garten Gottes.“ Ja, so könnte es sein, daß Mißgunst und Mißtrauen regieren und verführen die Völker und halten sie gebannt in dem immer endenwollenden Weltkrieg. Es heißt es denn wenigstens im eigenen Volke den Geist des Vertrauensbannes und die Saat des Mißtrauens, die vom Feind so sein auch bei uns ausgestreut ist, ausgerottet mit Stumpf und Eisen. Wie aber soll der Einzelne beweisen, daß er zu seinen Vorgesetzten, zu unseren Vaterlandsvertheidigern, zu unserer Führung, ja zu der Zukunft des ganzen deutschen Volkes Vertrauen, und dieses Vertrauen hat? — Einfach dadurch, daß er dem Vaterland zur Verwirklichung der erfolgreichen Abwehr des nötigen Geld zur Verfügung stellt, indem er so schnell wie möglich Kriegsanleihe zeichnet.

1. **Hilfsdienstabzeichen.** Unter Aufhebung aller früheren einschlüssigen Erlasse wird über das Tragen von Abzeichen der Hilfsdienstpflichtigen und Hilfsdienstleistenden bei militärischen Dienststellen folgendes bestimmt: 1. Berechtigt zum Tragen des Abzeichens (Kreuzbinde oder Plakette) sind die bei militärischen Dienststellen beschäftigten Zivilpersonen (Hilfsdienstpflichtige und nicht-Hilfsdienstpflichtige), die als solche fernmündlich zu machen den Dienststellen im dienstlichen Interesse geboten erscheint. Die Verpflichtung zum Tragen des Abzeichens ist in die Dienstverträge mit den in Betracht kommenden Personen aufzunehmen. Den Angestellten, die demgemäß das Abzeichen tragen müssen, ist dieses unentgeltlich zu leisten. — 2. Berechtigt zum Tragen des Abzeichens sind alle bei militärischen Dienststellen beschäftigten Zivilpersonen. Diejenigen, welche nicht zum Tragen des Abzeichens verpflichtet sind, haben sich dieses auf eigene Kosten zu beschaffen. Soweit die Befehle einer Dienststelle hierzu anordnen, steht dem nichts im Wege, doch sind solchen Hilfsdienstleistenden das Abzeichen von der Dienststelle unentgeltlich zu liefern.

Neuerungen beim Personen- und Gepäcktarif. Der neue Personen- und Gepäcktarif bringt am 1. April im ganzen Bereich der preussisch-hessischen Staatsbahnen auch eine Reihe von Neuerungen außer der Erhöhung und der Verkürzung der Sonntagsarten 2. Klasse fallen weg. Die Gebühr für übergrasliche Anforderung von Fuhrkarten wird von 25 auf 50 Pf. erhöht. Für Monats- und Monatsanbarten, die wahlweise über mehrere Bege gültig sind, werden neue Berechnungsordnungen eingeführt. In Bezug kommen die bisherigen Schülerzeitkarten von Schulbeginn und ihre Ersetzung durch Schülermonatskarten. Die berechneten wie die Monatskarten zu beliebigen Fahrten an allen Tagen. Bei Geldweibern wird für das zweite und jedes weitere Kind eine Ermäßigung von 25 Prozent auf den Fahrpreis für ein

Der Engländer verschwand, und wir folgten dem Geffen eine

Strecke bis zu einem Weidenbüsch, dort verfrachten wir uns, um uns erst mal zu verpösten. Ich ließ die Kognatflasche rundegeben, denn wir zitterten vor Kälte in den nassen Kleidern. Döll Sorgen sah ich, wie die Sonne immer siegreicher gegen den Nebel kämpfte; eine halbe Stunde darauf hatten wir einen strahlend blauen Himmel über uns.

So unschuldig lag das Dorf da und doch konnten von dort tappende Spähende Augen auf uns gerichtet sein. Sehr entdeckte ich, daß nicht weit von uns ein Nebengraben auf das Dorf zu zu verlaufen schien. Also wir wurden von neuem zu Reptilien und bewegten uns vorsichtig in dem Wasser fort, bogen in das schmale, über tiefe Rinnale ein, das zu unserer Freude einen Teil des Dorfes durchschnitten, um in einem verfallenen Gemäuer zu enden. Dort geschah ich den Eindruck der Dunkelheit zu erwarten. Ein Haufen von Stroh und Holz in der einen Ecke des Grundstückes barg uns gut. Wir fühlten uns so sicher, daß ich meine Begleiter bewog, zu schlafen.

Es schnarcht doch keiner von euch?
Sie verneinten alle und bald schliefen sie fest, während ich wachte. Ich konnte beruhigt sein, sie gaben keinen Laut. Eine Stunde war etwa verfloßen, als ich einen Trupp Engländer bemerkte, die durch die Häuser gegen Sicht geduckt, eifrig zu schauzen begannen.
(Fortsetzung folgt.)

Zeitgemäße Betrachtungen.

(Nachdruck verboten.)

Holland in Not.

Es klagte Jahn im verbündeten Rat, — nun stehen wir vor der Stagnation, — der feindlichen U-Boote rucklose Lat — verminderte unsere Lonnage. — Der eigene Schiffsraum genügt uns nicht mehr, — unheimlich verschlingt ihn das wogende Meer, — drum müssen die kleinen Neutralen — den schuldigen Zoll uns jetzt zahlen! —

Und sind sie nach unsrerem Sinne neutral, — so ist's ihre Pflicht uns zu stützen, — sie müssen uns helfen, es bleibt keine Wahl, — diemal wir so treu sie beschützen. — Denn Liebe um Liebe und Treue um Treue, — so lobst der verwundete britische Reu, — und Wilson stützt seine Kurage: — Wir pumpen neutrale Lonnage. —

Denn was uns das U-Boot das deutsche getan, — das geht über alle Begriffe, — o Holland, o Holland, tritt Du in die Bahn — und leiste uns schnell deine Schiffe! — O gib sie uns alle und gib sie uns bald, — und gibst du nicht willig, so brauch ich Gewalt, — denn wird uns die Rottlage drängen, — den Brüllord dir höher zu hängen! —

Drum hüte dich Holland, und sage nicht nein, — du darfst den Befehl nicht reizen, — doch willst du kein Verbands-Anhängel sein, — dann wehe, dann blüht dir kein Weizen. So haben die Großen dem Kleinen gedroht, — und ob dieser Drohung ist Holland in Not, — es hat hier so viel zu riskieren, — und kann dabei alles verlieren!

Einst nannte sich England, welch bitterer Hohn, — Beschützer der kleinen Nationen, — es zeigte sich gütig zu Griechenland schon, — nun wird es auch Holland nicht schonen! — Gehn da allen Kleinen die Augen nicht auf? — Sie sehn des Verhängnisses sicheren Lauf, — da wäre es wirklich gescheitert, — sich selbst zu beschützen!

Ernst Heiter.

Vermischtes.

Koblenz. Die englische Phantasie wird immer lebhafter und ruhmdreiger. Einen Beweis dafür liefert ein Bericht aus London über den Fliegerangriff auf Koblenz, den englische Flieger am 12. d. Mts. ausgeführt haben, in den „Böller Nachrichten“. Es heißt darin, aus „autorisierten“ Quellen stammende Telegramme besagten, daß die Ergebnisse des englischen Fliegerangriffs auf Koblenz entsetzlicher Art gewesen seien. Die Stadt sei vollständig abgepörrt. Niemand dürfe ohne militärische Sondererlaubnis zu- oder abreisen. Mehrere Munitionsfabriken stünden in Brand, die Feuerwehre sei wegen der großen Mengen von Zündstoffen, die beständig vom Feuer ergriffen würden, dem Brande gegenüber vollständig machtlos. — Hier weiß niemand etwas von diesen Ereignissen und Zuständen. In England wird man sich dagegen über diese „Erfolge“ gewaltig freuen.

Einschränkung des Fremdenverkehrs in Kurorten. Nachdem im letzten Sommer infolge Zusammenbruchs erholungsbedürftiger Personen in einzelnen Kurorten innerhalb weniger Wochen vorübergehende Ernährungsnotlagen entstanden sind, beschließt der Bundesarat, die Landeszentralbehörden durch eine Verordnungs- zu erlässende Verordnung zu ermächtigen, den Besuch von Sommerfrischen und Kurorten von unter 6000 Einwohnern von der Ausstellung eines amtlichen Bescheinigungsscheines abhängig zu machen. Auch sonstige Aufenthaltsbeschränkungen in kleineren Kurorten können durch landesrechtliche Bestimmungen getroffen werden.

Zum Tode von Heirat Hessing. Der verstorbene Hofrat Hessing war am 19. Juni 1888 in Schönbrunn bei Rothenburg ob der Tauber in ärztlichen Verhältnissen als 13. Kind eines Töpfers geboren und zum Handwerker bestimmt. So lernte und arbeitete er als Schreiner, Schmied, Bildhauer, Feinmechaniker im Orgelbau, Beschäftigungen, die alle seiner späteren Tätigkeit zu gute kamen. Mit- leid mit den Krüppelhaften hatte ihn schon als Kind zum Nachdenken darüber gebracht, wie ihnen zu helfen sei. Zu arm, um Unterricht in der Anatomie zu nehmen, studierte er sie am eigenen Körper, bis er sich Lehrscheiter und Skelette erworben hatte. Dann fertigte er allmählich seine genial erlenen und in jedem einzelnen Falle individuell angepaßte Apparate an. 1888 errichtete er seine großartige Heilanstalt in Göggingen. Der Ruf seiner oft aus Wunderbare grenzenden Kuren ging bald in alle Welt. 1890 erweiterte er auch auf dem internationalen Kongress in Berlin die Bewunderung der Männer der Wissenschaft. Chirurgie wie Bergmann und Bardeleben stellten ihm ihre Kliniken für Kranke zur Verfügung. Er hinterließ eine Schule, aber seine geniale Intuition konnte, wie einmal der jüngst verstorbene Chirurg Eggeling v. Angerer selbst sagte, niemand erwerben.

Berlin. Der Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands veranstaltete eine Protestversammlung im Hotel Savoyen. Es handelt sich um die Schwierigkeiten, die dem Hotelgewerbe aus der Verordnung gegen den Schleichhandel erwachsen. Der Vorsitzende führte aus, man hätte einen Unterschied machen sollen zwischen denen, die den Schleichhandel als Gewerbe betreiben und von ihm Gewinne erzielen, und denen, die in dem Schleichhandel eine Rettung ihrer Existenz suchen. Das Hotelgewerbe sei gewillt, den aufgezwungenen Existenzkampf durchzuführen. Eine Reihe Hotelbesitzer kam zum Wort und es wurde die Meinung ausgesprochen, die von der Versammlung in Aussicht gestellte Schließung der Betriebe solle nicht als Drohung aufgeführt werden, sondern es solle dadurch der Behörde nahegelegt werden, für eine ausreichende Zuteilung der Lebensmittel an Hotels und Verpflegungsbetriebe zu sorgen. In der Versammlung gab auch ein Vertreter des Kriegsernährungsamtes Erklärungen ab. Er sagte, man wolle das Hotelgewerbe nicht erschaffen, doch müsse der Schleichhandel als der gefährlichste Feind der öffentlichen Bewirtschaftung bekämpft werden. Alle Gewerbe müßten sich gewisse Einschränkungen gefallen lassen. Die berechtigten Wünsche des Hotelgewerbes würden gesichert werden. Schließlich nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt, daß, wenn das Kriegsernährungsamt nicht für eine auskömmliche Versorgung der Hotelbetriebe mit Lebensmitteln Sorge trage, die Schließung der Küchenbetriebe notwendig sei. Auch gegen die Einschränkung des Fremdenverkehrs wird Einspruch erhoben.

Die Obst- und Gemüseversorgung. Der Verband deutscher Obst-, Gemüse- und Südfrüchte-Großhändler war kürzlich zu seiner Frühjahrsversammlung in der Handelskammer zu Berlin zusammengetreten. Die Obstbewirtschaftung im Jahre 1917 bildete den ersten sehr ausführlich behandelten Gegenstand der Tagesordnung. David Wolf-Mannheim schilderte namentlich die Verhältnisse in Baden. Dort habe man den Großhandel völlig ausgezehrt; Lipp-Breslau wendete sich gegen das Nachtreiben der Nachschub. Uferle-Stuttgart ermahnte die Reichsstelle um Freigabe des Frühgemüses und Frühobstes für den Handel, ansonsten um Zurücknahme des Handels. Bogot-Rön richtete in fast zweifelhafte, oft von lebhafter Zustimmung, aber auch von starkem Widerspruch begleiteten Ausführungen heftige Anklagen gegen die Reichsstelle. Der Redner behauptete, Tausende Waggons Obst und Gemüse seien durch die Miswirtschaft verdorben, die Reichsstelle müßte „wegen jahr-

hätiger Sabotage und ungewollter Begünstigung der Feinde“ angeklagt werden. Die Reichsstelle sei nichts anderes als eine Verstrickung des Gemüsehandels. Der anwesende Oberregierungsrat v. Tüll wies alle diese Anklagen zurück. Er habe als Leiter der Reichsstelle in erster Linie an die Verbraucher, dann an die Erzeuger und an dritte Stelle erst an den Handel zu denken. Die zwangsweise Erlassung des Obstes, die durch die Verordnung vom 22. August beschlossen wurde, sei dem ordentlichen Handel zugute gekommen, der infolge des Schleichhandels an die Ware nicht heran konnte. In Frischgezeiten sei Obst bis zu 5 v. H. verdorben; jetzt nur bis zu 3 v. H. Die Regenzeit vom verdorbenen Obst seien dadurch entstanden, daß man Obst, um es auf dem Transport zu konservieren, mit schwefeliger Säure bepresst habe. Selbst Gärtner seien dadurch in die irrtümliche Meinung gelangt, daß es faul sei. Sein Bestreben gehe dahin, mit dem Handel zusammenzuarbeiten. Im weiteren Verlauf der Tagung wurde die Gründung einer Handelsgenossenschaft für Obst, Gemüse und Südfrüchte beraten.

Ein Kleben-Lebensmittellager. Das größte deutsche Kühlhaus und gleichzeitig das umfangreichste Lager der S. E. G. in Butter und Fleisch, das Kühlhaus „Zentrum“ in Leipzig, wurde feierlich übergeben. In diesem Lagerhaus, das aus sieben Stockwerken besteht, sind gegenwärtig für mehr als 100 Millionen Fleisch und Butter untergebracht. Der Buttervorrat ist so bedeutend, daß die ganze Leipziger Bevölkerung bei der jetzigen Rationierung auf 10 Jahre aus diesem Lager versorgt werden könnte. Allein die baulichen Herstellungskosten dieses Klebenkühlhauses betragen weit über 2 Millionen Mark. Es ist für 200 000 Zentner Lebensmittel eingerichtet.

Näheres zu den Fliegerangriffen auf Freiburg am 13. März nachm.

Wbna Berlin, 20. März. Der Angriff auf Freiburg, über den kurz berichtet wurde, erfolgte um 4 Uhr nachmittags und wurde von acht Flugzeugen ausgeführt. Er hat sich zu einem besonders empfindlichen Freischlag für unsere Gegner gestaltet. Von den acht Flugzeugen blieben drei in unserem Besitz. Wie weit der zurückgekommene Rest des Geschwaders durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze und die Angriffe unserer Flugzeuge beschädigt worden ist, steht dahin. An den Abhörsstellen haben die Abwehrgeschütze, die Fluggeschütze des Heimaufwaches und unsere Jagdflieger an der Front, die dem Gegner den Rückweg verlegten, fast gleichen Anteil. Die Erfolge, die der Abwurf von etwa 20 Bomben auf die offene Stadt Freiburg erzielte, sind gering. Aber sie zeigen den Zweck, den unsere Gegner mit ihrem Angriff verfolgten. Eine Kronschweizer und zwei in einem Lazarett in Pflege befindliche Personen wurden von den Bomben getroffen und die Martinskirche beschädigt. Des Weiteren wurde einiger Schaden an den Dächern und Fenster-scheiben von Privatgebäuden angerichtet und zwei Bürger verletzt. Es zeigt sich also klar, daß unsere Gegner durch ihre Angriffe auf offene Städte deutsche Frauen und Kinder zu töten, die Wohnstätten friedlicher Bürger zu vernichten, unsere Gotteshäuser und Kunstdenkmäler zu zerstören suchen. Dant der Kraft und der Wachsamkeit unseres Heimaufwaches war es ihnen bisher nicht vergönnt, nennenswerte Erfolge durch diese Kampfesweise zu erzielen, die sie als erste begonnen haben. Sie zwingen aber uns durch ihre Angriffe dazu, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und schreien dann über Barbarei und Hunnenhum, wenn der deutsche Vergeltungsschlag schärfer und kräftiger ausfällt, als ihre Herausforderung.



Buntes Allerlei.

Hersfeld. Auf dem hiesigen Güterbahnhof beging ein Arbeiter, der mit dem Umfüllen von Benzol beschäftigt war, die bodenlose Leichtsinnigkeit, ein Streichholz zu entzünden. Sofort explodierte das Benzol. Zwei Arbeiter erlitten so schwere Brandwunden, daß dem einen ein Bein, dem anderen beide Beine abgenommen werden mußten.

Köln. Die Reichskleider, die der Stadt Köln überwiesen wurden, schickte der Oberbürgermeister wegen der ganz miserablen Qualität und des unerhört hohen Preises wieder zurück.

Die Vereinigung von Elberfeld und Barmen. Finanzminister a. D. Dr. Benge ist in Barmen eingetroffen und wird einige Wochen dort verweilen. Man geht in der Annahme wohl nicht fehl, daß seine Anwesenheit mit der Frage der Vereinigung der Städte Elberfeld und Barmen zusammenhängt.

Städtische Osterhasen. Die Osterhasen aus Marzipan und Zucker werden diese Ostern in den Geschäften nicht zu haben sein. Das Lebensmittelamt der Stadt Völklingen bei Berlin hat deshalb beschloffen, an jeden Einwohner zwei Osterhasen aus gutem ausländischen Honigkuchen zum Preise von 25 Pfennig für das Stück abzugeben.

Von einem Bullen getötet. In dem Dorfe Niederelsert wurde der Bullenhalter von einem Bullen derart gegen die Wand des Stalles gedrückt, daß er an den erlittenen inneren Verletzungen starb.

Einmorgens. Bei einer Explosion in der Pulverfabrik zu Angereus wurden zehn Arbeiter getötet und zwei schwer verwundet.

Bankdiebstahl in Wien. Bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank wurden 1/2 Million Kronen entwendet. Es wurden sofort alle Türen und Tore geschlossen und infolgedessen das Geld wieder zur Stelle gebracht. Als Täter wurde der Reichsbankdirektor Besenat verhaftet.

Neueste Nachrichten.

Aus dem Reichstags-Hauptauschuß.

Wbna Berlin, 21. März. Der Hauptausschuß des Reichstages lehnte heute den Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten, die Kolonialsachen zu räumen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Finnlands zu mischen, weder durch Truppenentsendungen, noch durch Waffenlieferungen mit 12 gegen 10 Stimmen ab. Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche äußerte sich über die künftige Gestaltung Ostlands und Finnlands, die Behandlung des russischen Staatseigentums in der Ukraine und die Expedition nach Asien, welche letztere nicht länger als unbedingt notwendig ausgedehnt werden solle. In Finnland müssen noch weitere Kämpfe gegen bolschewistische Banden geführt werden, die noch in der letzten Zeit Japan und Banzenautos aus Petersburg erhielten. In der Ukraine muß ebenfalls noch gegen Banden, nicht gegen Bauern gekämpft werden. Die Zugelung aus jüdischer Händler zum Waren-austausch in der Ukraine ist in Aussicht genommen. Ob in Warschau auch der Friede mit der Ukraine geschlossen ist, ist hier nicht bekannt. Geheimrat Simons vom Auswärtigen Amt erklärte, bezüglich des Austausches der Kriegsgefangenen stelle der Hauptvertrag nur allgemeine Regeln auf. Alles nähere müsse wegen der Zahlenverhältnisse der beiderseitigen Kriegsgefangenen und der Verhältnisse der Verlehrs- und Wirtschafts-Verhältnisse Einzelverträge vorbehalten bleiben. Abg. Erzberger verlangte volle Bezahlung für alle Requisitionen in den besetzten Gebieten. Redner anderer Fraktionen unterstützten diesen Antrag. Geheimrat Simons vom Auswärtigen Amt verwies auf die positiven Bestimmungen des Friedensvertrages sowie auf die Schwierigkeit der Regelung der

Frage gerade in den besetzten Gebieten. Hier soll die Lösung bei der staatlichen Neuorganisation der besetzten Gebiete erfolgen. Er kündigte an, daß der Gedanke von Schiedsgerichten zum Austrag staatlicher Streitigkeiten bei künftigen Verträgen wieder aufgegriffen werden solle.

Die Westkämpfe.

Berlin, 22. März. Die „Post, Fig.“ schreibt: Des sind wir gewiß, wo Hindenburg auf der breiten Front, auf der zur Zeit die Artilleriekämpfe tobt, seinen Stoß ansetzen wird, wird er die Breche schaffen, die zum Sieg notwendig ist und allein zur Entscheidung führen kann. Mögen sich unsere Gegner auch rühmen, daß ihre Verteidigungsvorbereitungen beendet, daß die französischen und englischen Stellungen uneinnehmbar sind. Wir wissen es besser, denn deutscher Siegeswille, deutsche Zuversicht und deutsche Kraft haben es sich zum Ziel gesetzt, mit dem Schwert den Frieden zu erzwingen, den die Gegner uns verweigern.

Die „Berl. Morgenpost“ sagt: Wie wir uns in den Jahren schwerer Kämpfe die russische Dampfwalze niedergerungen und uns den Frieden im Osten erkämpft haben, so wird auch der eben jetzt beginnende neue Kampf im Westen den heißersehnten allgemeinen Frieden bringen.

Der „Berl. Volksanz.“ erklärt: Die Entscheidung naht, die große Entscheidung, von der wir alle seit Wochen und Monaten wissen, daß sie die Heilensarbeit dieser Kriegsjahre frönen und vollenden soll. Gnade Gott den verantwortlichen Männern an der Spitze der Völker, die nicht reinen Herzens und mit gutem Gewissen den fürchterlichen Ereignissen dieser Frühlingstage entgegenzutreten können.

Der k. u. k. Kriegsminister über die Lage.

Budapest, 21. März. Zu einem Journalisten erklärte der k. u. k. Kriegsminister General v. Stöger-Steiner, die militärische Lage sei ausgezeichnet. Ueber die deutsche Westoffensive sagte der Minister: Die Stimmung aller maßgebenden Faktoren ist zuversichtlich, was ich vollständig verständlich finde. Ich kenne die Deutschen und weiß, daß sie gründlich und gut vorbereitet, was sie unternehmen. Jetzt hatten sie Zeit zur Vorbereitung. Ich bin überzeugt, daß sich die Lage für sie erfreulich gestalten wird. Auf die Frage über den allgemeinen Frieden antwortete der Kriegsminister: Prophezeiungen sind zu vermeiden. Ich bringe übrigens meine persönliche Meinung zum Ausdruck. Ich glaube, daß wir nicht so fern vom allgemeinen Frieden sind. Unsere militärische Lage ist ausgezeichnet und kann sich nur verbessern. Dies muß auch die Entente einsehen, ebenso, daß die amerikanische Hilfe nicht so bedeutend ist, wie sich herausstellt. Die Zentralmächte stehen ungebrochen mit unbegrenztem Siegeswillen an allen Fronten. Die Entente muß einsehen, daß der weitere Kampf nichts daran ändern wird und so werden wir doch zum Frieden gelangen.

Italien vor katastrophalen Ereignissen.

Lugano, 22. März. Italienische Ueberläufer erklären, Italien stehe vor Ereignissen, deren Folgen unübersehbar seien. Das Land stehe vor einer finanziellen Katastrophe. Die Stimmung im Volke und in der Armee sei äußerst gedrückt. Sofern die erwartete deutsch-österreichische Offensive gegen Italien erfolgreich sei, werde der Widerhall dem ganzen Lande verhängnisvoll werden.

Der Tauchbootkrieg.

Wbna Berlin, 21. März. Im Sperrgebiet des Mittelmeers wurden heute bewaffnete Dampfer, die sämtlich gesichert und zum großen Teil bewaffnet waren, sowie sechs Segler zusammen mit etwa

23 000 Brutto-Register-Tonnen

versenkt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Freitag-Tagesbericht.

Wb Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heceresgruppen Kronprinz Ruprecht und Deutscher Kronprinz. Offende wurde von See her beschossen.

In Belgisch- und Französisch-Flandern hielt starker Feuerkampf an. Mehrfach drangen Erkundungsabteilungen in die feindlichen Linien ein.

Von südwestlich Arras bis nach La Fere griffen wir englische Stellungen an. Nach starker Feuerwirkung von Artillerie und Minenwerfern stürmte unsere Infanterie in breiten Abschnitten vor und nahm überall die ersten feindlichen Linien.

Zwischen La Fere und Soissons, zu beiden Seiten von Reims und in der Champagne nahm der Feuerkampf an Stärke zu.

Sturmabteilungen brachen in vielen Abschnitten Gefangene ein.

Heceresgruppen Gailwih und Herzog Albrecht.

Unsere Artillerie leitete die Zerstörung der feindlichen Infanterie-Stellungen und Batterien vor Verdun fort. Auch an der lothringischen Front war die Artilleriekämpfe vielfach gesteigert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Jagd-Verpachtung.

Freitag, den 5. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, wird die hiesige Feld- und Waldjagd für weitere 9 Jahre auf dem Rathaus öffentlich verpachtet.

Georgenborn, den 22. März 1918.

Rosfel, Bürgermeister.

Zur Frühjahrsausfaat empfehlen wir besonders für ärmere kältere Böden Original Jaegerstraßengerste, Unerkannte 1. Abfaat Heilsstraßengerste, Original galizischer Kollensommerweizen, Original Pottfelder Sommerhaferroggen. Ferner für mildere Lagen: Original Rimpans Hannagerste, Unerkannte 1. Abfaat Heines Hannagerste, Original Rimpans Schlanstädter Sommerhafer- weizen. Unerkannte 1. Abfaat Strabes Schlanstädter Saatweizen. Ferner: Gute, gesunde, feidefreie, frühliche Rottkleeaat. Alles in prima bodenkundenden Sorten. 38f	Heidekrant bester Ersatz für Streumittel nur in Bahnladungen. Auss. ermäßigte Bahnfracht. Arthur Diekmann, Hamburg 39.	Soda. Selterswasser, Bierflaschen m. Firma vom Eigentümer, langf. Wein-, Selt-, Misch-, Kognat-, Bordeaux-, Korb-, alle Sorten unegal, insbesondere 30-100- Gr.-Flaschen, Wein-, Selt-, Korb-, Fässer für Reichsfabrik- kauf Sauer, Wiesbaden, Gödenstraße 2. Reistarte anhat.	Wer National- Kontrollkassen verkauft will, berichte Nummer und Preis unter C. 208 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
--	--	--	---